

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Fernsprecher 27.

Telegramm-Adresse: Zeitung.



Anzeigen

werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datumsvermerk und Belegfertigung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkontanto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmgebühr für Inserate und Anstufung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 17.

Dienstag, den 8. Februar 1927.

20. Jahrgang.

Die Sorgen der Regierung.

Die Klärung der Regierungsverhältnisse in Deutschland hat dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann endlich den Eintritt seiner Erholungsreise ermöglicht. Dr. Stresemann wollte bereits Mitte Dezember einen Erholungsurlaub ansetzen, mußte ihn jedoch hinausschieben, weil plötzlich die außen- und innenpolitische Lage des Reiches sich ernstlich zuwandelte. In Frankreich griff ein Kriegegericht — Landau — in die Politik ein und löste durch ein ungeheures Urteil in Deutschland einen Enttäuschungssturm aus, der die Fortsetzung der Locarno-Politik gefährdete. Im Reich selbst fanden wir wieder einmal mitten in einer Regierungskrise. Alle diese Wirren, die die sachliche Arbeit der Regierung erschweren, sind jetzt überwunden. Die neue Regierung hat ihr Amt angetreten und die Arbeit aufgenommen.

Vor seiner Abreise hatte Dr. Stresemann eine längere Aussprache mit dem deutschen Botschafter in Paris, von Hoesch, der seit Ende vergangener Woche in Berlin weilte. In dieser Unterredung, der auch der Vertreter des Außenministers, Staatssekretär von Schubert, beiwohnte, wurde die Vorbereitung der Anfang März stattfindenden Tagung des Völkerbundes raten besprochen. Weiterhin wurden alle Fragen behandelt, die in nächster Zeit zwischen Deutschland und Frankreich aufgeworfen werden. Botschafter von Hoesch wird noch mehrere Tage in Berlin bleiben und mit dem Gesamtkabinet verschiedene Fragen erörtern.

Die bereits erfolgte Abreise des deutschen Außenministers nach der französischen Riviera beweist, daß für die nächsten Wochen auf außerpolitischem Gebiet keine großen Unternehmungen nicht zu erwarten sind. Das nächste Ziel der deutschen Außenpolitik ist die Wiedererlangung der verlorenen Freiheit, die Befreiung der Rheinlandbesatzung! Wie aus den Auslassungen der französischen Presse zur Regierungsbildung in Deutschland hervorgeht, ist man sich in Paris darüber klar, daß Deutschland einmütig die Klärung der zweiten und dritten Rheinlandzone fordern wird. Diese Politik wird durch die Neubildung der Regierung nicht beeinträchtigt. Die Aufnahme der Regierungserklärung in Frankreich beweist, daß Frankreich auch mit der neuen Reichsregierung für den europäischen Frieden arbeiten will.

Nur wird man allmählich aus der Epoche der grundsätzlichen Bereitwilligkeit herauskommen und den Friedenswillen durch Taten beweisen müssen. Es gibt einen Weg zu finden, der für beide Seiten gangbar ist und den Abzug der Rheinlandbesatzung in kürzester Zeit ermöglicht. Dazu wird es allerdings noch enger diplomatischer Anstrengungen bedürfen. Mit einem dramatischen Verlauf dieser Politik ist nicht zu rechnen. Der Kampf um die Freiheit der Rheinlande wird sich vielmehr zunächst unter der Oberfläche abspielen und auf den üblichen Wegen der Diplomatie ausgetragen werden. Die persönliche Fühlungnahme des deutschen Botschafters in Paris mit der neuen Reichsregierung bildet eine Etappe auf diesem Wege.

Während die Kämpfe auf dem Gebiete der Außenpolitik zunächst im Verborgenen ausgefochten werden, dürfte die innenpolitische Auseinandersetzung in erregten Formen weitergeführt werden. Im Mittelpunkt dieses Kampfes steht die Person des neuen Reichsinnenministers von Kuebel. Von sozialdemokratischer Seite wird dem Minister vorgeworfen, während des Kapp-Zufluges eine nicht einwandfreie Haltung eingenommen zu haben. Die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit wird von dem Ausgang der vom Reichsanwalt Dr. Marx eingeleiteten Untersuchung abhängen. Wie es heißt, hat Dr. Marx beim preußischen Innenminister bereits die Akten eingesehen. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß Dr. Marx die Nachprüfung der Akten nicht selbst vornehmen, sondern eine unparteiische Personlichkeit, den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons, damit beauftragen will. Der Nachprüfung der Akten dürfte nur geringe Zeit in Anspruch nehmen, da weitere Vorwürfe, als die von dem sozialdemokratischen Oppositionsführer Dr. Landsberg vorgebracht, gegen den Innenminister nicht erhoben werden können. Die Untersuchung ist also auf diese Vorfälle beschränkt. Auch kann ein eigentliches Disziplinarverfahren nicht mehr in Frage kommen, da einem diesbezüglichen Antrag Kuebels Feinerheit von der preußischen Regierung nicht stattgegeben worden ist.

Bis zum Abschluß der von dem Reichsanwalt angelegten Untersuchung sollten alle Parteien Zurückhaltung üben. Das dürfte nicht schwer fallen, da die innenpolitische Auseinandersetzung auch sonst noch recht lebhaft zu werden verspricht.

Keine Abstimmung in Eupen.

Eine Erklärung der belgischen Regierung. In den durch den Versailler Friedensvertrag Deutschland entziffenen und Belgien zugesprochenen Kreisen Eupen-Malmedy ist seit langem eine starke Bewegung für eine neue Abstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der Kreise im Gange. Die belgische Regierung hat jetzt — wie angekündigt — offiziell dazu Stellung genommen, und zwar durch einen Brief des Ministerpräsidenten, unterzeichnet von den Ministern des Äußeren und des Innern, an den Gouverneur der Provinz Lüttich.

Die Minister sind der Ansicht, daß die Bevölkerung der beiden Kreise regelrecht befragt worden sei, und zwar nach Vorkehrung des Artikels 34 des Versailler Vertrages. Die Gültigkeitserklärung des Borganges und das Ergebnis seien einstimmig durch die Völkerversammlung angenommen worden. Somit könne keine Rede davon sein, eine neue Abstimmung herbeizuführen. Der Gouverneur wird ersucht, dieses Schreiben der Bevölkerung von Eupen und Malmedy zur Kenntnis zu bringen.

Auch diese Erklärung bedeutet noch nicht das letzte Wort in dem Kampf um die Wiedererlangung der Kreise Eupen-Malmedy. Inzwischen wird die deutsche Bevölkerung dieser Kreise, als deren Vertreter jetzt der nachstehende



Bürgermeister von Ehnatten, Christian Esser, in den belgischen Senat gewählt worden ist, der alten Heimat die Treue bewahren und immer wieder auf die Notwendigkeit einer Revision der für Eupen-Malmedy geltenden Bestimmungen hinweisen.

Revolte in Portugal.

Bekämpfung der Aufständischen mit Artillerie.

Portugal ist wieder einmal von den ersten Unruhen heimgegriffen. Ein genaues Bild über die Ausdehnung der Revolte, die nach den ersten Meldungen von der Regierung sofort niedergeschlagen sein sollte, läßt sich noch nicht gewinnen. Es handelt sich um verschiedene Garnisonen, die gegen die Regierung Stellung genommen haben und jetzt mit den Regierungstruppen in schwere Kämpfe verwickelt sind.

Der größte Teil der Aufständischen ist von den Regierungssoldaten in Oporto, einer Hafenstadt an der Mündung des Duero, eingeschlossen worden. Die Aufständischen haben sich auf einem öffentlichen Platz verschanzt und erklären, bis zum Tode kämpfen zu wollen. Der Kriegsminister forderte die Rebellen auf, sich bedingungslos zu ergeben. Da das abgelehnt wurde, ist die Bevölkerung zum Verlassen der Stadt aufgefordert und diese mit Artillerie beschossen worden.

Die Regierung veröffentlicht eine Mitteilung über die Besichtigung und erklärt, die feindliche Artillerie in Oporto zum Schweigen gebracht zu haben. Unter den Rebellen soll eine Panik ausgebrochen sein, da sie weder Brot noch Fleisch haben. Nach anderen Meldungen sind die Regierungstruppen nach erbitterten Kämpfen und

starker Artillerie- und Maschinengewehrtätigkeit bereits in die Stadt eingezogen. Bei dem Angriff sollen auch Flugzeuge verwendet worden sein. Ueber die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch nicht bekannt. Im übrigen widersprechen die Nachrichten einander noch stark. Zur Unterdrückung des Aufstandes ist in Nordportugal ein Eisenbahnspreit ausgesprochen.

Weitere Unruhen haben sich im Süden ereignet, wo die Garnison von Tavira, verstärkt durch die Besatzung der Kanonenboote, sämtliche öffentlichen Gebäude der Stadt besetzte. Ein zur Unterdrückung der Revolte entsandtes Infanterieregiment wurde von den Matrosen des Kanonenbootes mit mehreren Kanonen-Schüssen bedrängt.

Eine Revolte der Garnison in Figueira da Foz, 150 Kilometer südlich von Oporto an der Küste, wurde sofort niedergeschlagen. Die Führer der Bewegung sind verhaftet worden.

Politische Rundschau.

Berlin, den 8. Februar 1927.

Die preussische Regierung ist mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über den Verkehr mit Grundstücken beschäftigt.

Der bayerische Ministerpräsident Heß hat an den bisherigen Reichspostminister Stöing ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm für seine Verdienste um die Klärung der bayerischen Belange dankt.

Wegen Vergehens gegen das Republiklichkeitsgesetz verurteilte das Reichsgericht die Geschäftsführer des Verlages „Junge Garde“ und „Riva“ in Berlin zu je 10 Monaten Festungshaft und 300 Mark Geldstrafe.

Kein Staatssekretärsposten für die Wirtschaftspartei. In verschiedenen Zeitungen war in den letzten Tagen die Nachricht verbreitet, das Reichskabinet habe anlässlich der Regierungsneubildung mit der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung wegen Ueberlassung eines parlamentarischen Staatssekretärspostens im Reichswirtschaftsministerium verhandelt. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, entsprechen diese Nachrichten nicht den Tatsachen.

Fraktionsantrag für ein Reichsentwöhnungsgesetz. Die demokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, zu prüfen, ob die Entschädigung der durch Liquidation ihres Eigentums geschädigten deutschen Staatsangehörigen in Form langfristiger verzinslicher Reichsschuldverschreibungen oder in anderer, den berechtigten Wünschen Rechnung tragender Weise erfolgen kann, und unverzüglich einen die Endabfindung dieser Staatsbürger regelnden Gesetzentwurf vorzulegen.

Kube aus der Partei ausgeschlossen. Der bekannte völkische Reichstagsabgeordnete Kube ist durch Beschluß des Ehrenhofes der Reichshöflichen Freiheitsbewegung aus der Partei ausgeschlossen worden. Die Ausschließung ist erfolgt, weil Kube einer dreimaligen Ladung zur Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht gefolgt ist.

Rundschau im Auslande.

In Paris fand ein Ministerrat statt, in dem Briand über die auswärtige Lage und besonders über die Lage in China Bericht erstattete.

Zwischen Vettland und Island ist ein Vertrag über eine Wirtschaftszone und Zollunion abgeschlossen worden. Die bisherige Zollgrenze wird nach dem Abschluß der vorbereitenden Arbeiten aufgehoben.

Der bulgarische Kassationshof bestätigte das Urteil, durch das der ehemalige Finanzminister Turlakov wegen geschwundener Handhabung des Sibiriummonopols, durch die er sich persönlichen Vorteil verschaffte, zu drei Jahren Zuchthaus und zehn Millionen Schadenersatz verurteilt worden war.

Bekämpfung der Deutsch-russischen Luftverkehrs-gesellschaft.

Der Rat der Volkskommissare in Moskau hat den Konzeptionsvertrag mit der Deutsch-russischen Luftverkehrsgesellschaft, nach dem der Gesellschaft das alleinige Recht der Ausübung des Flugverkehrs zwischen Deutschland und der Sowjetunion gewährt wird, bis zum 31. Dezember 1931 bestätigt.

14 Tage Zaniboni-Projekt.

Für den am 21. d. M. beginnenden Prozeß gegen den Zaniboni-Attentäter Zaniboni sind von Seiten der Anklage 38, von Seiten der Verteidigung 60 Zeugen vorgeladen, so daß der Prozeß vor dem Ausnahmegericht 14 Tage dauern dürfte. Zaniboni soll geständig sein, die anderen, besonders General Capello, leugnen ihre Mitschuld.

Spanien will keine Nachrichtenagentur kaufen.

Wie aus Madrid berichtet wird, haben die Direktoren von fünf Madrider Großbanken die offizielle spanische Nachrichtenagentur Adra, die bisher Eigentum der französischen öffentlichen Nachrichtenagentur Savaas gewesen sein soll, gekauft, um ihre Organisation zum Empfang ausländischer Meldungen und zur Verbreitung spanischer Nachrichten zu erweitern.

